

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 4. und 5. September 2022, Prag, Tschechische Republik

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
II. Einführung.....	2
III. Ablauf der Tagung	2
IV. Eröffnungssitzung	2
V. GASP/GSVP-Prioritäten und aktuelle Themen, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Strategischen Kompass der EU.....	3
VI. Ukraine: Wege der politischen Unterstützung und Wiederaufbau	3
VII. Die EU-Erweiterungspolitik im Lichte des russischen Einmarsches in die Ukraine –Westlicher Balkan und östliche Partnerschaft: Beschleunigte Heranführungshilfe der EU	4
VIII. Desinformation und hybride Bedrohungen, Cyberabwehr.....	4
IX. Erklärung der Ko-Vorsitzenden	5

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 21. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Fabian Funke** (SPD),

Abgeordneter **Dietmar Nietan** (stellvertretender Delegationsleiter, SPD),

Abgeordnete **Sara Nanni** (Bündnis90/Die Grünen),

Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** (Delegationsleiter, FDP) und

Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD).

II. Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedsstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die 21. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des tschechischen Parlaments (tschechische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2022) am 4. und 5. September 2022 in Prag statt. An der Konferenz nahmen 122 Delegierte aus 27 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 27 Delegierte aus Partnerländern (Albanien, Island, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Türkei, Ukraine und Vereinigtes Königreich) sowie dem Kosovo, teil. Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und vier thematische Sitzungsblöcke unterteilt. Die Themen in den vier Sitzungsblöcken wurden im Angesicht des andauernden Krieges in der Ukraine, jeweils mit besonderem Fokus auf diesen, lebhaft debattiert. Alle Mitgliedstaaten zeigten sich geschlossen in ihrer Solidarität gegenüber der Ukraine und der Verurteilung des ungerechtfertigten Angriffskrieges der Russischen Föderation. Allerdings drängten vor allem die baltischen Staaten und die östlichen Mitgliedstaaten der EU auf stärkere Sanktionen gegen Russland und verstärkte Waffenlieferung an die Ukraine. Sie forderten ein deutlich verstärktes Engagement aller EU-Mitgliedstaaten. Mehrmals wurde darüber hinaus in den Debatten eine kritische Auseinandersetzung mit China angemahnt. Die Ko-Vorsitzenden der Konferenz fassten die Konferenzergebnisse in einer Erklärung zusammen. Diese ist unter Punkt VIII dieser Unterrichtung abgedruckt. Die nächste IPC GASP/GSVP wird voraussichtlich im März 2023 in Stockholm auf Einladung des schwedischen Parlaments stattfinden.

IV. Eröffnungssitzung

In ihrer Eröffnungsrede unterstrich die Präsidentin der Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments, **Markéta Pekarová Adamová**, die Notwendigkeit für ein globales Bündnis demokratischer Staaten und eine kohärente EU-Außenpolitik als Antwort auf die aggressive und imperialistische Politik Putins. Dabei gelte es besonders, die transatlantischen Beziehungen zu stärken. Staaten, die versuchen, das auf Regeln basierende internationale System zu zerstören, sollten auf globaler Ebene bekämpft werden. Sie sprach sich gegen Mehrheitsentscheidungen in der europäischen Außenpolitik aus und warnte gleichzeitig vor Blockadehaltungen einzelner Mitgliedsstaaten, die einen notwendigen politischen Konsens unterliefen oder verhinderten. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der tschechischen Abgeordnetenkammer, **Lubomír Metnar**, hob hervor, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit mehr sei und der Krieg in der Ukraine zu einem Umdenken in Europa geführt habe. Die Stärkung der Streitkräfte in den EU-Mitgliedsstaaten müsse weiter beschleunigt und die Modernisierung der

Armeen mit Hochdruck vorangetrieben werden. Dies sei Grundlage für eine weltweite und europäische Sicherheit. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Sicherheit des tschechischen Senats, **Pavel Fischer**, sprach sich für eine grundlegende Überarbeitung der europäischen China-Politik aus. Die Russische Föderation und China hätten eine ähnliche Sichtweise auf das internationale Recht und drohten mit Gewalt zur Konfliktlösung im Gegensatz zu einer von den EU-Mitgliedsstaaten angestrebten friedlichen Konfliktlösung. Die Ukraine kämpfe stellvertretend für alle Länder der EU gegen die Russische Föderation, daher könne die EU nicht neutral sein. Die Parlamente in den EU-Mitgliedstaaten sollten weiter zu einer geschlossenen Haltung der EU-Mitgliedstaaten in diesem Konflikt beitragen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EP, **David McAllister**, bezeichnete den Krieg in der Ukraine als Weckruf für die EU und berichtete von den Reaktionen des EP darauf. Der Angriff bedrohe das demokratische Zusammenleben in ganz Europa. Er sprach sich dafür aus, die strategische Souveränität der EU weiter zu stärken und versicherte der Ukraine die europäische Solidarität.

V. GASP/GSVP-Prioritäten und aktuelle Themen, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Strategischen Kompass der EU

Der hohe Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, **Josep Borrell**, berichtete über die Ergebnisse des Gymnich-Treffens der Außenminister. In zwei Arbeitssitzungen habe man sich mit den EU-Afrika-Beziehungen und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auseinandergesetzt. Die Beziehungen zu Afrika seien durch den vergangenen Gipfel auf eine neue Grundlage gestellt worden. Nur durch kohärentes Handeln der EU und aller Mitgliedsstaaten sei dem russischen und chinesischen Einfluss etwas entgegen zu setzen. Er erklärte weiter, dass die Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft, insbesondere in Sektoren wie der Luftfahrt, zugenommen hätten und sich dieser Effekt noch verstärken werde. Man habe sich gemeinsam darauf geeinigt, Visaerleichterungen für die Russische Föderation zu beenden. Er trat jedoch der Forderung nach einer kompletten Einstellung der Visavergabe entgegen. Weiterhin müsse man die Energieabhängigkeit der EU von Russland beenden und einen stärkeren Fokus auf die Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten legen. Abgeordnete **Sara Nanni** kritisierte das Krisenmanagement der EU in Niger und Mali. Deutliche Verbesserungen in der EU-Afrika-Politik seien notwendig, um als Partner stärker zu werden und sich gegen China und Russland zu behaupten. Auf die EU-China-Politik angesprochen, konstatierte der Hohe Vertreter, dass die EU ihre strategische Autonomie stärken und die Abhängigkeit in bestimmten Wirtschaftsbereichen senken müsse. Aufgrund der Größe und der wirtschaftlichen Stärke Chinas sei eine vollständige Isolation nicht sinnvoll und kontraproduktiv, jedoch sei eine Neustrukturierung und Diversifizierung der Lieferbeziehungen notwendig. Bei der Neuausrichtung müsse auch die Respektierung der Menschenrechte mit einbezogen werden.

VI. Ukraine: Wege der politischen Unterstützung und Wiederaufbau

Der tschechische Außenminister, **Jan Lipavský**, unterstrich, dass der Krieg in der Ukraine und die europäische Reaktion darauf das beherrschende Thema der tschechischen Ratspräsidentschaft sei. Er sprach sich deutlich für eine ukrainische EU-Mitgliedschaft aus, sagte der Ukraine die Unterstützung auf dem Weg dahin zu und beteuerte die weitere Solidarität seines Landes. Tschechien habe mit über 400 000 ukrainischen Flüchtlingen die größte Zahl von Flüchtlingen in der EU pro Einwohner aufgenommen. Er mahnte eine kohärente europäische Politik zur Unterstützung der Ukraine an und forderte weitere Sanktionen gegen die Russische Föderation. Der Vorsitzende des ukrainischen Parlamentsausschusses für Außenpolitik, **Oleksandr Merezhko**, forderte im zweiten Sitzungsblock „Ukraine: Wege der politischen Unterstützung und Wiederaufbau“ die Aufnahme der Ukraine in die NATO und erläuterte, dass der Krieg in seinem Land als ein globaler hybrider Konflikt zwischen einer Koalition autoritärer Staaten und der demokratischen Welt angesehen werden könne. Der Wiederaufbau der Ukraine müsse jetzt beginnen, da dies den Ukrainern Hoffnung gebe. Dazu müsse man wirtschaftliche und soziale Anreize für junge Menschen schaffen, damit diese im Land blieben und sich am Wiederaufbau beteiligten. Er schlug vor, das Hochschulsystem zu ändern und Zweigstellen internationaler Universitäten in der Ukraine einzurichten sowie Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen und sie zu ermutigen, Unternehmen zu gründen. Der Leiter der deutschen Delegation, Abgeordneter **Dr. Marcus Faber**, forderte ein europäisches Beschaffungsprogramm für Rüstungsgüter zur Unterstützung der Ukraine um sicherzustellen, dass die Ukraine den Krieg gewinne. Er warnte vor einem langandauernden Abnutzungskrieg und unterstützte die estnische Forderung nach Verpflichtungsermächtigungen für Waffenkäufe zugunsten der Ukraine in den nationalen Budgets. Delegierter **Michael Gahler**, MdEP, forderte von Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich deutlich höhere Anstrengungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine.

VII. Die EU-Erweiterungspolitik im Lichte des russischen Einmarsches in die Ukraine – Westlicher Balkan und östliche Partnerschaft: Beschleunigte Heranführungshilfe der EU

Der amtierende Generaldirektor der Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, **Maciej Popowski**, bezeichnete die europäische Erweiterungspolitik als ein Politikfeld mit erheblichen Auswirkungen auf die gesamteuropäische Sicherheit als Ganzes und die Entscheidungen zur Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau als historisch. Im Falle der Ukraine habe dies für ein starkes Momentum zur Konsolidierung des Staatswesens und sogar der gesamten Gesellschaft geführt. Beispielsweise sei bereits nach kurzer Zeit ein neuer Leiter einer reformierten Antikorruptionsbehörde ernannt und dadurch Aufnahmebedingungen erfüllt worden. Dies belege die Dynamik mit der die Ukraine die Aufnahme in die EU anstrebe. Die EU werde die Ukraine mit Kräften unterstützen, die weiteren Kriterien zur Aufnahme zu erfüllen und gleichzeitig damit den Wiederaufbau des Landes voranzutreiben. Gleiches gelte für Moldau, welches erhebliche Anstrengungen leiste, die Kriterien zur Aufnahme zu erfüllen. Die tschechische Botschafterin in Montenegro, **Janina Hrebicková**, bezeichnete die Aufnahme der Ukraine, wie auch von Montenegro und anderer Balkanstaaten in die EU, als den einzigen richtigen Weg vorwärts. Es sei eine politische Entscheidung gewesen, der Ukraine den Kandidatenstatus schnell zu verleihen. Die folgenden Verhandlungen über einen EU-Beitritt würden nun bürokratisch und langwierig sein, Jahre in Anspruch nehmen und Geduld erfordern. Abgeordneter **Dietmar Nietan** betonte die hohe politische Bedeutung des Kandidatenstatus für die Ukraine und Moldau als ersten Schritt für einen Beitritt in die EU. Auch wenn der Aufnahmeprozess beider Länder sicherlich dauern werde, sei das Signal wichtig, dass beide Länder in der EU erwünscht seien.

VIII. Desinformation und hybride Bedrohungen, Cyberabwehr

Im vierten Sitzungsabschnitt zu Desinformation, hybriden Bedrohungen und Cyberabwehr erläuterte Generalmajor **Karel Řehka**, Chief of General Staff der tschechischen Streitkräfte, die Auswirkungen, Bedrohungsszenarien und Bekämpfungsansätze. Es sei wichtig, nationale Strategien und Aktionspläne mit einem holistischen und interdisziplinären Ansatz zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei gelte es, strategische Abhängigkeiten zu vermeiden und zeitnah auf Angriffe zu reagieren. Insgesamt seien umfassende Aufklärung und resiliente Gesellschaften als Prävention gegen diesbezügliche Angriffe von hoher Bedeutung und dürften bei der Bekämpfung dieser Bedrohungen nicht aus dem Blick verloren gehen. Der Leiter der Abteilung für Strategische Kommunikation, Arbeitsgruppen und analytische Information beim Europäischen Auswärtigen Dienst, **Lutz Güllner**, berichtete über die Einrichtung eines Ausschusses im EP für die Behandlung von Einmischungen in diplomatische Prozesse, welcher die Bedeutung und die Wahrnehmung des Politikbereiches belege. Alle drei Themenbereiche sollten immer gemeinsam betrachtet werden, um ein ganzheitliches Vorgehen zu gewährleisten. Jede absichtliche Manipulation von Informationsumgebungen für strategische Zwecke falle unter diesen Themenbereich. Cyberangriffe und die Verbreitung von Desinformation beschleunigten sich durch verbesserte Technologie und die Durchdringung der Gesellschaft mit sozialen Medien. Dies mache ein Schritthalten der Analyse und der Reaktionen gegen diese Angriffe unbedingt notwendig. Wichtige Schritte zur Bekämpfung der Bedrohungen neben Regulierung seien die Stärkung der Resilienz und die Aufklärung der Gesellschaften, die Schaffung von Bewusstsein sowie Medienbildung. Abgeordnete **Sara Nanni** bat die Delegierten, sich in der politischen Debatte bei Meinungsunterschieden nicht gegenseitig der Falschinformation zu bezichtigen. Sie mahnte einen fairen politischen Diskurs und korrekten sprachlichen Umgang an.

Berlin, den 6. Oktober 2022

Dr. Marcus Faber
Delegationsleiter

IX. Erklärung der Ko-Vorsitzenden

Wir, die Ko-Vorsitzenden der 21. Interparlamentarischen Konferenz,

1. begrüßen das Bestreben und die Initiativen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, die Führung bei der Förderung globaler Partnerschaften und bei der Stärkung der regel- und wertegebundenen multilateralen Ordnung im Wege einer Reform der wichtigsten Institutionen und Organisationen zu übernehmen. Wir stellen fest, dass diese Initiativen es der internationalen Gemeinschaft, die dem Völkerrecht unterliegt, ermöglichen, globale Herausforderungen wie den Klimawandel, Pandemien, die Energiekrise und terroristische Bedrohungen effektiv zu bewältigen sowie den Einfluss übelwollender autoritärer Akteure zu bekämpfen. Wir unterstreichen, dass die EU die Demokratie weltweit verteidigen und fördern muss, indem sie eine Vorbildfunktion übernimmt;
2. unterstreichen die entscheidende Rolle der Parlamente bei der Prüfung, Kontrolle und Steuerung der Außenbeziehungen und außenpolitischen Instrumente der EU und rufen zu einer stärkeren Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments auf, um „hard“ und „soft power“ der EU weltweit umfassend und effektiv einzusetzen. Wir stellen die Notwendigkeit einer stärkeren und wirksameren EU-Außen- und Sicherheitspolitik fest, auch durch eine effizientere Nutzung der bestehenden Entscheidungsverfahren;
3. verurteilen erneut aufs Schärfste den grundlosen, illegalen und ungerechtfertigten russischen Angriffs- und Invasionskrieg gegen die Ukraine sowie die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression, und fordern die Russische Föderation nachdrücklich auf, alle militärischen Aktivitäten in der Ukraine unverzüglich zu beenden und alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung aus dem gesamten international anerkannten Staatsgebiet der Ukraine bedingungslos abzuziehen;
4. bekunden unsere ungeteilte Solidarität mit dem ukrainischen Volk und unterstützen die Untersuchung von Kriegsverbrechen, die von Russland in der Ukraine begangen wurden, auch durch die Forderung eines UN-Sondergerichts, um sicherzustellen, dass die Täter von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden, und rufen die EU auf, die Ukraine bei ihren Untersuchungen internationaler Kriegsverbrechen zu unterstützen sowie Beweise für Kriegsverbrechen zu sammeln, die in den jeweiligen strafrechtlichen Zuständigkeitsbereichen der EU-Mitgliedstaaten begangen wurden. Wir rufen zur unverzüglichen Bereitstellung von Waffen gemäß dem von den ukrainischen Behörden geäußerten Bedarf auf, insbesondere durch die Nutzung der Europäischen Friedensfazilität und des Vermittlungsmechanismus sowie im Rahmen der bilateralen Abkommen der Mitgliedstaaten mit der Ukraine, sowie zur Prüfung von Wegen für die Stärkung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der assoziierten Partnerländer der EU durch Nutzung der mit dem Strategischen Kompass eröffneten Möglichkeiten und durch verstärkte Unterstützung für Georgien und Moldau im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität;
5. unterstreichen mit Blick auf das künftige Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung, dass die EU ein beträchtliches Defizit bei der europäischen Verteidigung angeht und danach strebt, die Wirksamkeit der öffentlichen Verteidigungsausgaben zu verbessern und die Solidarität und den Zusammenhalt für den Schutz und die Verteidigung der Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Wir erkennen die wirksame Umsetzung des Europäischen Verteidigungsfonds durch die Europäische Kommission an. Wir erinnern daran, dass die parlamentarische Kontrolle von Verteidigungsfragen auf EU-Ebene im Vergleich zu anderen Politikbereichen stark ins Hintertreffen geraten ist, anders als die demokratischen Standards es nahelegen würden;
6. betonen die Notwendigkeit, die strategische Souveränität der EU zu einem übergeordneten Ziel in allen Bereichen zu machen, sie zu einem ganzheitlichen Ansatz für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie für die Außenbeziehungen im Allgemeinen zu entwickeln und so der EU die Fähigkeit zu verleihen, gegebenenfalls allein oder wenn möglich gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern zu handeln. Wir rufen zur Schaffung von Instrumenten auf, um wirtschaftlichen Zwängen zu begegnen, und appellieren, so bald wie möglich Nahrungsmittelsouveränität und eine völlige Sicherheit bei Energielieferungen herzustellen, um die Energieabhängigkeit zu verringern und zu gewährleisten, dass die Lieferketten diversifiziert werden, um strategischer Abhängigkeit von Rohstoffen zu begegnen;
7. begrüßen den Strategischen Kompass als ein Instrument zur Stärkung der Fähigkeit der Union, als ein zunehmend glaubwürdiger strategischer Partner und als ein globaler Friedensakteur zu handeln. Wir rufen zu einer schnellen Arbeit zur Umsetzung der dringlichsten Aspekte des Strategischen Kompasses unter Berücksichtigung der jeweiligen Verfassungs- und Sicherheitsbestimmungen aller Mitgliedstaaten auf. Wir betonen

die Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen, um Defizite bei den Fähigkeiten anzugehen, insbesondere auf dem Gebiet der strategischen Wegbereiter, gemeinsamer Schulungen und der militärischen Ausbildung, verstärkter Bemühungen zur Förderung der strategischen Kommunikation und eines verstärkten Instrumentariums zur Bewältigung hybrider und Cyber-Bedrohungen sowie zur Bekämpfung von Falschinformationen und Erkundung aller möglichen Optionen zur Bekämpfung arglistiger Einmischungen aus dem Ausland in die nationale Politik der EU-Mitgliedstaaten. Wir rufen zu raschen Fortschritten bei der Schaffung einer Verteidigungsunion mit ehrgeizigeren kurz-, mittel- und langfristigen Zielen durch Umsetzung der im Strategischen Kompass dargelegten konkreten Maßnahmen auf, was als Ausgangspunkt für die Implementierung einer gemeinsamen Verteidigung der EU gemäß der Bestimmungen in Artikel 42 (2) des Vertrags über die Europäische Union dienen würde. Wir erkennen in diesem Zusammenhang auch die positive Rolle an, die die nationalen Parlamente bei der Errichtung eines soliden und robusten gesetzgeberischen Rahmens für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Verteidigung auf nationaler Ebene spielen können;

8. begrüßen, dass Dänemark sich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik angeschlossen und sein Opt-Out beendet hat und dass Finnland und Schweden am 18. Mai 2022 offiziell ihre Anträge für einen NATO-Beitritt eingereicht haben. Wir unterstreichen, wie wichtig es ist, dass alle Bündnispartner der NATO rasch ihre Beitrittsprotokolle ratifizieren. Wir begrüßen die Verabschiedung des Strategischen Konzepts der NATO auf dem Gipfel in Madrid und halten die Notwendigkeit fest, sicherzustellen, dass der Strategische Kompass und das Strategische Konzept der NATO zu einer wachsenden strategischen Komplementarität führen. Wir erinnern an die Notwendigkeit, eine umfassende Konvergenz zwischen EU und NATO in Sicherheits- und Verteidigungsfragen anzustreben und betonen die Rolle der NATO als einem strategischen Partner für die Gewähr von Sicherheit und die Förderung des Fähigkeitsaufbaus;
9. unterstreichen die Notwendigkeit, Druck auf die Russische Föderation auszuüben, damit sie das Völkerrecht und die internationalen Verträge einhält. Wir rufen zu einem ganzheitlichen Ansatz gegenüber der Russischen Föderation auf sowie zur Aufgabe jeglicher selektiver Absprachen mit Moskau angesichts der Gräueltaten und Kriegsverbrechen, die von den russischen politischen Eliten orchestriert und von den russischen Truppen, ihren Handlangern und Söldnern in der Ukraine und in anderen Ländern verübt wurden. Wir rufen dazu auf, die gemeinsamen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten für das Einfrieren der Mittel russischer Staatsangehöriger, deren Familienangehöriger oder Vermittler zu verstärken. Wir empfehlen, die Erteilung der Staatsbürgerschaft über Investitionsprojekte in der EU oder EU-Aufenthaltsgenehmigungen auszusetzen. Wir empfehlen, die Anzahl der an Bürger aus Russland und Belarus erteilten Schengen-Visa zu beschränken und gleichzeitig die Visagebühren direkt für die Hilfe für ukrainische Opfer des russischen Militärangriffs zu nutzen. Wir beklagen die Nutzung von Energieressourcen als geopolitisches Instrument durch Russland und rufen zur Minimierung der Energieabhängigkeit von Russland durch die Förderung der Diversifizierung der Energiequellen und -routen auf. Wir fordern mit Nachdruck eine Verstärkung der europäischen Energiesicherheit und betonen die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit im Hinblick auf Nahrungsmittelfragen;
10. verurteilen die direkte und indirekte Beteiligung der Russischen Föderation und anderer externer Akteure an bewaffneten Konflikten und hybriden Angriffen, Besetzungen und militärischen Aufmärschen innerhalb der Region oder an den Grenzen der Region. Wir stellen mit großer Besorgnis die russische Einmischung in der Region des Westlichen Balkans fest, die über hybride Taktiken, unter anderem durch Falschinformationen geführt wird, deren Ziel es ist, die Rolle der EU und das Engagement für eine Zukunft dieser Länder in Europa, einschließlich wirtschaftlicher und energiepolitischer Zusammenarbeit und Impfdiplomatie, zu unterminieren;
11. rufen zu einer umfassenden Überwachung der EU-Sanktionen und ihrer Umsetzung und Durchsetzung durch die Mitgliedstaaten auf. Wir rufen zu Outreach-Maßnahmen für die EU-Beitrittskandidaten auf sowie zu einer stärkeren Angleichung an die restriktiven Maßnahmen der EU. Wir rufen zu einer engen Abstimmung mit den transatlantischen Bündnispartnern und gleichgesinnten internationalen Partnern auf, um die Wirksamkeit der Sanktionen zu maximieren;
12. bekräftigen erneut unsere Verpflichtung zur Erweiterung, die mehr denn je eine geostrategische Investition in eine stabile, starke und geeinte EU ist. Wir rufen die Mitgliedstaaten auf, dem Erweiterungsprozess neuen Schwung zu verleihen und ihre Versprechen mithilfe konkreter positiver Schritte in den Beitrittsverfahren der Länder, die eine Mitgliedschaft in der Union anstreben, wahr werden zu lassen. Wir begrüßen die Gewährung des Beitrittskandidatenstatus gegenüber der Ukraine und Moldau und rufen dazu auf, diesen auch

Georgien zu erteilen, sobald die in der Stellungnahme der Kommission dargelegten Prioritäten vollständig erfüllt wurden;

13. bekräftigen erneut unsere nachdrückliche Unterstützung für die europäische Perspektive für die Länder des Westlichen Balkans und wiederholen folglich den Aufruf, denjenigen Ländern, die der EU beitreten möchten, einen klaren Weg aufzuzeigen. Wir betonen, dass jeder Erweiterungskandidat seinen eigenen Verdiensten nach beurteilt werden sollte und dass der Erweiterungsprozess weiterhin fest auf der Erfüllung aller maßgeblichen Kriterien mit einem starken Schwerpunkt auf der Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechten sowie auf der Förderung von Versöhnung und wirtschaftlichem Fortschritt als Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden, Stabilität und Wohlstand beruhen sollte. Wir rufen die Mitgliedstaaten auf, ihr Engagement im Hinblick auf die Erweiterung zu erneuern, indem sie die Verpflichtungen der EU in Bezug auf den Westlichen Balkan erfüllen. Wir rufen daher zur Aufhebung der Visaanforderungen für Bürgerinnen und Bürger aus dem Kosovo auf. Wir begrüßen die Einleitung von Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien sowie die Bereitschaft des Europäischen Rats, Bosnien-Herzegowina Beitrittskandidatenstatus zu gewähren. Wir erinnern daran, dass die EU der „Partner der ersten Wahl“ sein sollte, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in der Region zu gewährleisten, und rufen zu aktiven Maßnahmen bei der strategischen Kommunikation auf, um einer arglistigen Einmischung aus dem Ausland entgegenzuwirken. Wir unterstreichen, dass die Länder des Westlichen Balkans von der Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit auf EU-Ebene, wie beispielsweise der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und dem Europäischen Verteidigungsfonds, profitieren sollten;
14. wiederholen den Aufruf, den demokratischen Wandel und die Rechtsstaatlichkeit erneut ins Zentrum des EU-Beitrittsprozesses zu rücken. Wir unterstreichen, dass die Mittel aus dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) gezielter eingesetzt werden sollten, um Fortschritte auf diesen Gebieten und bei der Verbesserung der Sichtbarkeit der EU-Finanzierung in der Region zu erzielen und greifbare Auswirkungen vor Ort über eine verstärkte Konditionierung zu erreichen. Wir rufen dazu auf, stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Bürger der Region enger mit der EU verbunden werden und gleichzeitig vom Erweiterungsprozess profitieren, und rufen die EU auf, die Einbeziehung der Länder in der Region in die Kohäsionspolitiken und außenpolitischen Fragen zu beschleunigen;
15. bekräftigen erneut unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Länder der Östlichen Partnerschaft (ÖP), insbesondere im Hinblick auf deren Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen sowie in Bezug auf die Achtung des Willens der Völker, über ihre eigene Zukunft und Außenpolitik frei von ausländischer Einmischung zu entscheiden. Wir erkennen an, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sich in erster Linie negativ auf die Länder der Östlichen Partnerschaft auswirkt. Wir rufen die EU auf, die europäische Nachbarschaftspolitik mit dem Ziel zu überprüfen, die Auswirkungen von Russlands Krieg gegen die Ukraine auf die Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft sorgfältig zu beurteilen;
16. unterstützen Frieden, Stabilität, Wohlstand und demokratische Grundsätze in der Südlichen Nachbarschaft. Wir rufen zu einem verstärkten Dialog mit der EU und zur Zusammenarbeit mit den Ländern der Südlichen Nachbarschaft in maßgeblichen Politikbereichen auf sowie zur Förderung von Konfliktprävention und Friedensaufbau, Bekämpfung der Piraterie, maritimer Sicherheit und Bekämpfung von Terrorismus, Radikalisierung und Extremismus;
17. unterstreichen die Bedeutung der vollständigen Umsetzung des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, einschließlich des Protokolls zu Irland und Nordirland, sowie des Handels- und Kooperationsabkommens. Wir halten es für wichtig, mit dem Vereinigten Königreich daran zu arbeiten, die Möglichkeiten für eine zukünftige Zusammenarbeit und Koordinierung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und der Verteidigung zu maximieren, auch im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO;
18. rufen zu einer stärkeren transatlantischen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA auf der Grundlage einer gleichberechtigten Partnerschaft auf, die auf gemeinsamen Werten und Zielen und auf dem Grundsatz der Partnerschaft bei Führung und Verantwortung basiert, unter Achtung der Autonomie, der Interessen und Bestrebungen der jeweils anderen Seite. Wir unterstützen nachdrücklich Synergien und gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Ziele und verpflichten uns, diese anzustreben, indem wir die Zusammenarbeit im Rahmen des transatlantischen Dialogs zwischen der EU und den USA über die großen globalen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Bedrohung durch autoritäre und totalitäre Regime, Terrorismus und

Radikalisierung sowie den Schutz und die Erhaltung des kulturellen Erbes, insbesondere in Konfliktgebieten, vertiefen. Wir begrüßen das beispiellose Maß an Koordinierung zwischen der EU und den USA im Hinblick auf Sanktionen und die Hilfe für die Ukraine;

19. begrüßen die Gemeinsame Mitteilung der EU über eine ‚strategische Partnerschaft mit der Golfregion‘ vom 18. Mai 2022. Wir unterstreichen, dass eine verstärkte Partnerschaft mit den Golfstaaten von entscheidender Bedeutung ist und zur rechten Zeit kommt, insbesondere zu einem Zeitpunkt radikaler geopolitischer Veränderungen. Wir beharren darauf, dass es die Priorität der EU ist, den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) als Aspekt der Sicherheit für Europa und die Region wiederzubeleben. Wir erinnern daran, dass der JCPOA der einzige Weg ist, um den besorgniserregenden nuklearen Aktivitäten des Iran ein Ende zu setzen;
20. begrüßen das erneute Engagement der EU für den indopazifischen Raum und betonen, dass die neue indopazifische Strategie der EU rasch umgesetzt werden muss, da sie den Partnern in der Region die Möglichkeit bietet, die gemeinsamen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Wir rufen alle Parteien auf, eine offene, stabile und auf Regeln beruhende regionale Sicherheitsarchitektur im Einklang mit den Grundsätzen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und dem Völkerrecht, vor allem dem VN-Seerechtsübereinkommen, zu fördern. Wir befürworten eine stärkere Zusammenarbeit mit den Ländern in der Region, insbesondere Japan, der Vereinigung südostasiatischer Länder (ASEAN), Australien, Neuseeland, der Republik Korea und Taiwan;
21. nehmen Kenntnis von dem Ergebnis des Gipfeltreffens EU-China. Wir rufen zu mehr Einheit unter den EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die Verabschiedung von Maßnahmen auf, um Chinas antidemokratischer Politik und aggressivem Verhalten zu begegnen, das die Souveränität seiner Nachbarn und die Stabilität des indopazifischen Raums gefährdet. Wir unterstreichen die Notwendigkeit sicherzustellen, dass jede Art von Unterstützung von Seiten Chinas für Russlands Angriffskriegs gegen die Ukraine und jede Umgehung der Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland Folgen für Chinas Beziehungen zur EU haben muss;
22. bekräftigen erneut die Bedeutung der EU-Afrika-Partnerschaft, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn es sich um eine wirklich gleichberechtigte Partnerschaft handelt, die auf eigener Verantwortung und Solidarität sowie einer gemeinsamen Vision für unsere Zukunft aufbaut. Wir rufen zur strikten Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in allen Bereichen der Beziehungen zwischen der EU und Afrika auf und begrüßen den Abschluss des Post-Cotonou-Abkommens im April 2021 sowie die Stärkung der Beziehungen der EU zu den Ländern der Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten und die verstärkte Zusammenarbeit in den multilateralen Foren zur Agenda für nachhaltige Entwicklung und zu Klimamaßnahmen. Wir verurteilen die Präsenz in Afrika von privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen, insbesondere der vom Kreml unterstützten russischen Gruppe Wagner;
23. sind weiterhin zutiefst besorgt angesichts der zunehmenden Instabilität in der Sahel-Zone und betonen die Verpflichtung der EU zu einem umfassenden Engagement in der Region im Hinblick auf politische Unterstützung, technische und finanzielle Hilfe, insbesondere für Reformen des Sicherheitssektors, militärische Ausbildung und Unterstützung für den Schutz und die Stärkung der Zivilgesellschaft, die von wesentlicher Bedeutung für die Bewältigung von Sicherheitsbedrohungen sind. Wir rufen ECOWAS und die EU-Mitgliedstaaten auf, die Absichtserklärung über Frieden, Sicherheit und Regierungsführung wirksam umzusetzen und die G5 Sahel umfassend zu operationalisieren, und wir rufen die EU-Mitgliedstaaten auf, eng mit ihr in Sicherheitsfragen zusammenzuarbeiten;
24. erinnern an die große Bedeutung einer starken Beziehung der EU zu Lateinamerika und der Karibik (LAK) und rufen zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Partnern in der Region auf, insbesondere zur Verteidigung der rechtestützten multilateralen Ordnung. Wir rufen die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, entschiedener politische Maßnahmen gegenüber autoritären Regimen zu ergreifen, die von ihren Beziehungen zur EU profitiert und die Rechte und Freiheiten ihrer Bürger demontiert, verletzt oder unmittelbar abgeschafft haben;
25. erkennen an, dass Technologie, Konnektivität und Datenflüsse wichtige Dimensionen der Außenbeziehungen und Partnerschaftsabkommen der EU sind und bedeutende geopolitische Auswirkungen haben. Wir unterstützen die ehrgeizige und vielschichtige ‚Global Gateway‘-Initiative der EU, die darauf abzielt, Verbindungen herzustellen, anstatt Abhängigkeiten zu schaffen, indem sie auf faire und nachhaltige Weise in digitale Netzwerke und Infrastrukturen von hoher Qualität mit Partnern in aller Welt investiert. Wir rufen zur

Zusammenarbeit mit den Ländern im Globalen Süden über die ‚Global Gateway‘-Initiative auf, um den Frieden, die demokratischen Grundsätze, die Menschenrechte und die Werte, für die die EU steht, zu fördern und zu verteidigen.

Marek Ženíšek

Vorsitzender
Ausschuss für Außenbeziehungen,
Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik

Lubomír Metnar

Vorsitzender
Verteidigungsausschuss,
Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik

Pavel Fischer

Vorsitzender
Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten,
Verteidigung und Sicherheit, Senat der Tschechischen Republik

David McAllister

Vorsitzender
Auswärtiger Ausschuss, Europäisches Parlament

